

Rechtschreibreform

Lehrer, euch gehört die Sprache nicht!

Von Peter Eisenberg



Das Problem der Rechtschreibreform war die bürokratische Verfassung ihrer Gremien

Vor gut fünf Jahren hat die Ständige Konferenz der Kultusminister den Rat für deutsche Rechtschreibung ins Leben gerufen. Zu seinen Aufgaben gehören laut Statut „die ständige Beobachtung der Schreibungsentwicklung“ und „die Erarbeitung und wissenschaftliche Begründung von Vorschlägen zur Anpassung des Regelwerks an den allgemeinen Wandel der Sprache“. Der Rat hat nächstes Jahr mit Ende seiner ersten Amtszeit einen Tätigkeitsbericht vorzulegen. Und es zeichnet sich ab, dass auch personelle Veränderungen zu erwarten sind.

Trotz aller Rechtschreibfrustration verliert die Frage, wer die orthographische Norm künftig wie bearbeitet und entwickelt, nichts von ihrer Tragweite. Einheitlichkeit der Schreibung bleibt das stärkste Band im vielfältig gegliederten deutschen Sprachgebiet. Auch nimmt seine Bedeutung eher zu als ab. Alle vergleichenden Leistungstests der vergangenen Jahre setzen ja im Kern bei Schreib- und Lesekompetenzen an. Mit der Orthographiereform von 1996 hat der Staat die Verantwortung für den Normierungsprozess an sich gezogen. Der öffentliche Diskurs ist gegenwärtig einer mit dem Staat, in Deutschland an erster Stelle mit der KMK.

Weg zur Entscheidung

Die Einrichtung eines neuen Gremiums war unvermeidlich geworden, weil die alte zwischenstaatliche Rechtschreibkommission den Anforderungen nicht gerecht wurde. Man hat sie regelrecht gefeuert. Ihr war entgangen, dass die Kultusminister nach Jahren quälender Debatten, juristischer Auseinandersetzungen und politischer Querelen von der Neuregelung herunterwollten. Aber als dann im Herbst 2004 die zwölköpfige Kommission durch einen sechsunddreißigköpfigen Rat ersetzt wurde, war die erste Reaktion ein allgemeines Rätselraten über die Motive der Politiker. Ein Gremium dieser Größe kann nicht effektiv arbeiten, aber andererseits musste etwas passieren. Der Rat sollte die Kastanien aus dem Feuer holen – und wider alle Erwartung tat er das. Innerhalb weniger Monate legte er ein in wichtigen Teilen überarbeitetes Regelwerk vor, das im Sommer 2006 politisch abgesegnet wurde und, abgesehen von kleineren Nachhutscharmützeln, die öffentliche Rechtschreibdebatte beendete. Drei Hauptgründe ermöglichten den Erfolg.

Der erste ist in der Person des Ratsvorsitzenden Hans Zehetmair zu sehen. Der ehemalige bayerische Staatsminister hat mit Geduld, Geschick und klaren Zielvorgaben dem heterogenen Gremium zu konstruktiven, inhaltlich verantwortbaren Entscheidungen verholfen. Der zweite Grund liegt bei den Arbeitsformen des Rates. Die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung hatte ihre Mitwirkung an die Bedingung effektiver Arbeitsformen geknüpft. Es wurden Arbeitsgruppen zu Einzelthemen eingerichtet, deren wichtigste eine Neuformulierung der Regeln zur Getrennt- und Zusammenschreibung vorlegte. Drittens musste der Rat inhaltlich nicht bei null beginnen. Er stützte sich auf den Kompromissvorschlag der Akademie, der seit 2003 als kommentierte Wörterliste gedruckt vorlag und später auch einen Formulierungsvorschlag für Teile

des Regelwerks umfasste. Alles zusammen war eine glückliche Fügung, aber eine, deren Bestandteile vielleicht der künftigen Lösung Pate stehen können.

Gremium ohne Erfolgsdruck

Seit dem Sommer 2006 arbeitet der Rat, aber substantielle Vorschläge zu Entwicklung oder Rückbau der Orthographie hat er nicht mehr gemacht. Das war politisch so gewollt, sachlich gerechtfertigt war es nicht. Die geltende Regelung enthält noch immer zahlreiche Ungereimtheiten und Fehlschreibungen. Vieles wurde von der Deutschen Akademie unternommen, um den Rückbauprozess in Gang zu halten, im Ganzen ohne Erfolg. Ausschlaggebend war letztlich, dass die „zuständigen politischen Stellen“ keine Bewegung mehr wollten und sich darin mit starken Kräften innerhalb des Rates einig wussten. Immerhin trat unübersehbar zutage, was ein solches Gremium tut, wenn es nicht unter Erfolgsdruck steht, wie es sich spreizt und zu entfalten beginnt. Man kann versuchen, daraus etwas zu lernen.

Die deutschen Vertreter im Rat werden von Institutionen benannt. Zu ihnen gehören unter anderen das Institut für Deutsche Sprache, die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, die Union der Akademien, die großen Wörterbuchverlage, Verleger-, Didaktiker- und Journalistenverbände, Beamten- und Gewerkschaftsbund. Eine solche Zusammensetzung führt zwangsläufig zu Versuchen, die jeweils eigene Perspektive zur Geltung zu bringen, sei es als materielles Interesse wie bei den Verlagsvertretern oder sei es als Verbands- und Berufsinteresse.

Letzteres betrifft vor allem die Fraktion der Schulvertreter. Beispielsweise finden manche von ihnen nichts dabei, bestimmte Rechtschreibregeln zu favorisieren, weil sie sich einfach formulieren lassen. Das kann bis zu dem Punkt gehen, an dem die Einfachheit der Regel über die Angemessenheit der Schreibung triumphiert. Von Didaktikerseite kommt auch das Ansinnen, der Rat möge eine Umstellung literarischer Texte auf neue Orthographie empfehlen, soweit diese im Schulunterricht verwendet werden.

Ein Rat ohne Spesenabrechnung

Mehrfach hatte sich der Rat unter Mühen auf seine eigentliche Aufgabe zu besinnen. Die orthographische Norm entsprechend dem allgemeinen Schreibgebrauch zu erfassen und zu entwickeln ist etwas anderes, als sie den Bedürfnissen bestimmter Institutionen anzupassen. Um es ganz einfach zu sagen: Die Orthographie ist weder dazu gemacht, dass man mit ihr erfolgreich Wörterbuchverlage betreibt, noch dazu, in der Schule gelehrt zu werden. Sie ist, wie sie ist. Erst daraus gewinnt sie ihre Würde als allgemein verfügbares kommunikatives Werkzeug, als Gegenstand des öffentlichen Sprachdiskurses, der Dokumentation in Wörterbüchern, der Fachwissenschaft und erst recht der Fachdidaktik Deutsch. Jede noch so gutwillige, gutgemeinte Manipulation am Gegenstand hat zu unterbleiben. Der Rat soll ihm so zur Sichtbarkeit verhelfen, dass ein vernünftiger Umgang mit ihm möglich wird. Das ist ziemlich aufwendig, aber eine wichtige und lohnende Aufgabe.

Um die Aufgabe zu erfüllen, braucht der Rat eine materielle Grundausstattung. Datenerhebung und -auswertung zum allgemeinen Schreibgebrauch kosten Geld. Bisher behilft man sich und bittet Ratsmitglieder, die über elektronische Sprachkorpora verfügen, um Recherchen. Dieser Weg aber ist aus vielen Gründen auf Dauer versperrt. Und noch einmal sei an die Peinlichkeit erinnert, dass den deutschen Ratsmitgliedern im Gegensatz zu allen anderen nicht einmal Reisekosten erstattet werden. Man braucht keine sich aufblähende Organisation, um das Notwendige zu tun. Freundliche und aufmunternde Worte, wie wir sie von der KMK gelegentlich hören, reichen nicht. Der Staat hat eine Verantwortung übernommen.

Orthographische Ausweichmanöver

Ein weiteres, durchaus demotivierendes Manko ist eine gewisse Ziellosigkeit der Ratsarbeit. Es gibt keinen geregelten Weg, auf dem Vorschläge umgesetzt oder abgelehnt werden. Dies war von Beginn an so etwas wie die politische Achillesferse der Neuregelung. Wir stehen als Bittsteller da, müssen mit schlichter Nichtbefassung rechnen und haben nicht einmal ein verbrieftes Vortragsrecht, ganz zu schweigen von einem Anspruch auf internationale Abstimmung.

Schließlich liegt das geltende amtliche Regelwerk wie ein Felsbrocken in der Tür zu einer sich verstetigenden Arbeit. Der Text ist, was die Textsorte betrifft, unentschieden, er ist unverständlich, voller Widersprüche, viel zu kompliziert, wissenschaftlich nicht auf dem Stand der Technik, er erfasst zu wenig elementare Regularitäten, regelt aber zu viele Details. Die Deutsche Akademie wird deshalb für die nächste Ratssitzung am 24. April einen Textvorschlag zum kritischen Bereich Substantivgroßschreibung vorbereiten, der einige unhaltbare Fehlschreibungen ausschließt und hoffentlich zeigt, wie einfach das Regelwerk sein könnte.

Vorschlag für die Zukunft

Die Rechtschreibdiskussion ist in Deutschland verstummt, gewichtige Folgeschäden der Neuregelung sind geblieben. Das Vertrauen der Sprachgemeinschaft in die Tragfähigkeit der geltenden Regelung ist erst teilweise hergestellt, das gilt ausdrücklich auch für die Schule. Man umschiffet den Orthographieunterricht eher als vor 1996 und tut den Kindern damit keinen Gefallen. Die Rechtschreibfähigkeiten werden so keinesfalls besser, nicht einmal dort, wo die Neuregelung nichts geändert hat.

Riskieren wir deshalb einen konkreten Vorschlag, mit dem sich zahllose Diskussionen unter Fachleuten bündeln lassen. Ein Rat für Rechtschreibung, dem mittelfristig die Regelung der Orthographie des Deutschen obliegt, hat eine ungerade Zahl von weniger als zehn Mitgliedern. Sie sind Fachleute für Erhebung und Auswertung von Sprachdaten, für deren systematische Beschreibung wie für die Umsetzung der Beschreibungen in ein transparentes, einer größeren Öffentlichkeit zugängliches Regelwerk. Der Rat verfügt über Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben. Ihm steht ein Weg offen, den er zum Inkraftsetzen seiner Vorschläge beschreiten kann.

Peter Eisenberg lehrt Linguistik in Potsdam und gehörte zu den engagiertesten Kritikern der Rechtschreibreform. Seit 2005 ist er Mitglied im Rat für deutsche Rechtschreibung.

Link zum Artikel:

<http://www.faz.net/s/Rub117C535CDF414415BB243B181B8B60AE/Doc~E7222849274A24BD3A95F1C0009339A62~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Text: F.A.Z.

Bildmaterial: picture-alliance/ dpa/dpaweb

Leserbrief: www.sok.ch/files/Eisenberg_FAZ_17apr09_Lehrer_euch_gehoert_die_Sprache_nicht_Leserbriefe.pdf